

sichtigt werden. Die Anträge der bayrischen Abgeordneten hätten durch Bebel heute eine Beurtheilung erfahren, die in der Broschüre nicht so hart ausfallen dürfte, wenn er das Material genügend geprüft habe, wozu ihn bei seiner ungeheuren Ueberlastung mit Arbeiten nicht die genügende Zeit geblieben sei. Vollmar habe, wie Redner durch Verlesung des betreffenden Passus darthut, gerade den Standpunkt vertreten, daß eine Bevorzugung einer einzelnen Klasse nicht stattfinden dürfe, und man könne ihm den Vorwurf, er habe nicht prinzipiell, programmgemäß gehandelt, nicht machen.

Dertel bittet diese Nichtigstellung bei der Drucklegung zu berücksichtigen. Der erhobene Vorwurf sei so schwer, daß er nicht noch durch die Broschüre weiter verbreitet werden könne. Der Schluß der Debatte sei aus diesem Grunde doppelt bedauerlich.

Darauf wird der Antrag 57 II. angenommen. Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt, und der Parteitag wendet sich zu Punkt 8:

Anträge zu Programm und Organisation.

Zum Programm liegen in der gedruckten Vorlage die Anträge 5—10 vor.

Nur die Anträge 6, 7, 10 erlangen die erforderliche Unterstützung und gelangen zur Verhandlung.

Dertel-Mürnberg bittet die Anträge abzulehnen. Es läge zur Zeit ein Bedürfnis für eine Aenderung nicht vor, sonst würde er eventuell für Streichung jedes auf Religion bezüglichen Passus sein. In der Landagitation die Religion möglichst aus dem Spiele zu lassen, wie man empfohlen habe, verräthe eine naive Furcht; je weniger wir darüber reden, desto mehr werden unsere ärgsten Gegner, die Theologen, das gegen uns ausbeuten. Es bleibe dabei, Religion ist Privatsache, aber der Sozialismus steht auf dem Boden der exakten Forschung. In den Reihen der Sozialdemokratie ständen Viele, die ihrer wirtschaftlichen Stellung nach recht gut in der Lage wären, der Landeskirche den Rücken zu kehren; daß sie es nicht thäten, sei umfomehr eine Inkonsequenz, als Kirchensteuern eine materielle Unterstützung der Kirche bedeuten. Zu dieser Frage müßte einmal der Parteitag Stellung nehmen.

Leopold-Zeig verweist auf den Fall Wächter und bittet um Annahme des Antrages 6. Die Parteiliteratur besage an den zahlreichsten Stellen, die Sozialdemokratie sei eine antireligiöse Partei.

Auf Antrag Heusgen wird über die Anträge 6, 7, 10 zur Tagesordnung übergegangen. Auch ein Antrag Schulze-Bernburg, den Punkt V 6 des Programms auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird abgelehnt, nachdem Zoesit betont hat, daß man mit der bisherigen Fassung 20 Jahre lang

gut ausgekommen sei und schon die heutige Debatte, namentlich Dertel's Ausführungen, den Gegnern recht sehr gelegen kommen werde.

Zur Organisation liegen gedruckt vor die auf den Parteitag bezüglichen Anträge 11—19 und der während der Verhandlungen eingebrachte Antrag 130. Von diesen Anträgen scheiden mangels erforderlicher Unterstützung aus die Anträge 12, 13, 15, 16 und 18; ebenso eine Reihe aus der Mitte der Parteitages gestellten Anträge.

Auer beantragt, daß Anträge von einzelnen Genossen an den Parteitag in Zukunft nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie neben der Unterschrift des Antragstellers auch noch eine Beglaubigung des Vertrauensmannes über dessen Parteizugehörigkeit enthalten.

Auer: Es ist Ihnen mitgetheilt worden, daß wir der Schaffung einer neuen Parteioorganisation im Laufe dieses Jahres werden näher treten müssen. Deshalb sollten wir an den bisherigen Bestimmungen keine Aenderung vornehmen, die nicht unbedingt nötig ist, da sonst die vorhandenen Druckemplare Nulltatur werden. Ich beantrage daher auch keine Aenderung des Statuts, sondern bitte Sie vielmehr, den eben mitgetheilten Antrag zum Beschluß zu erheben. Jeder Genosse hat das Recht, Anträge zu stellen, aber nicht Jeder kann dem Parteivorstand persönlich bekannt sein, wir haben nicht die geringste Möglichkeit der Kontrolle. Es liegt auch ein praktischer Anlaß zu diesem Antrag vor; bei der letzten Zusammenstellung der Vorlage lag uns ein Unglaubliches enthaltender Antrag vor; auf Erkundigung erfuhren wir dann, daß der Antragsteller gar kein Parteigenosse, sondern ein halb Verrückter sei. (Heiterkeit.) Ich bitte namens des Parteivorstandes recht dringend um Annahme des Antrages.

Zur Debatte gestellt wird Antrag 11: (Abhaltung des Parteitages zwischen Weihnachten und Neujahr).

Zubeil-Berlin: Ein großer Theil sehr tüchtiger Genossen sei bei der jetzigen Einrichtung vom Besuch der Parteitages ihrer wirtschaftlichen Lage wegen ausgeschlossen und man bekomme meistens auf den Parteitagen dieselben Personen zu Gesicht. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr ständen aber die meisten Fabriken still.

Schoenlank versteht zwar die Beweggründe der Berliner, hält ihren Vorschlag aber für falsch und empfiehlt die Pfingstwoche zu wählen. Die proletarischen Schichten müßten, schon um gewisse Vorbürfe nicht immer wiederkehren zu lassen, am stärksten vertreten sein. In katholischen Ländern seien außerdem an den zwei Feiertagen Versammlungen nicht gestattet. Früher habe man alle Kongresse um die Pfingstzeit abgehalten, um diese Zeit könnten die Proletarier am leichtesten reisen.

Bekmann-Höchst tritt für den Antrag ein, während Hülle jede Aenderung schon mit Rücksicht auf die vielfach zu Pfingsten stattfindenden wichtigen Landeskonferenzen ablehnen will.

Dreyer äußert Bedenken gegen den Antrag Auer. Wenn man mit dem Vertrauensmann auf gespanntem Fuße stehe, könnte es doch leicht vorkommen, daß er die Beglaubigung verweigerte unter dem Vorgeben, der Antragsteller sei gar kein Sozialdemokrat. (Lebhafter Widerspruch.)

Bebel: Lassen Sie es wegen des Termins für den Parteitag, wie es ist. Die jetzige Periode ist für uns die denkbar günstigste. Weihnachten ist mir persönlich schon deswegen nicht recht, weil man doch auch die Parlamentarier und ihre Familien ein Bißchen berücksichtigen muß. Gegen Pfingsten spricht gerade, daß dann alles reißt, darum sollen wir zu Hause bleiben. Bis jetzt haben sich stets noch Leute gefunden, die das Delegirtenmandat ausüben konnten.

Der Antrag Schoenlant und der Antrag II werden abgelehnt, Antrag Auer angenommen.

Antrag 14, von Eberfeld gestellt, wird auch von den Stuttgarter Genossen unterstützt.

Gewehr-Eberfeld: In Zukunft genüge zweijährige Berufung des Parteitages. Die prinzipiellen Fragen seien wohl erledigt. Die Kongresse trügen nunmehr einen vorwiegend geschäftlichen Charakter. Man könnte sich also mit der alljährlichen Berichterstattung des Parteivorstandes begnügen. Sparsamkeitsrücksichten kämen hier gleichfalls in Betracht. Die Rücksicht auf die ländlichen Genossen mache ferner eine frühere Ausschreibung des Kongresses, sechs Wochen vor seinem Zusammentritt, unbedingt erforderlich.

Fülle-Würzburg ist für Ablehnung des Antrages. Die Kreise hätten es ja in der Hand, die Kosten durch Entsendung nur eines Delegirten zu reduzieren. Jeder Parteitag beweise in seinem Verlaufe, wie richtig der Ausspruch Bebel's von dem Sicherheitsventil sei. Auch diesmal werde kaum die ganze Tagesordnung erledigt werden, die Nothwendigkeit jährlicher Parteitage liege also klar vor Augen.

Bebel: Schon in Berlin habe ich mich auf das Entschiedenste für die alljährlichen Parteitage ausgesprochen, und ich begreife nicht, wie der Antrag nach den Verhandlungen von 1892 immer wieder gestellt werden kann. Hätten wir dieses Jahr keinen Parteitag gehabt, so wäre, die Verhandlungen beweisen es, ein außerordentlicher nothwendig geworden. Ein solcher aber muß nach Außen nothwendig den Eindruck erwecken, als ob Differenzen in der Partei beständen. Die Genossen sollen sich nicht das Recht nehmen lassen, wenigstens einmal im Jahre die Verwaltung zur Verantwortung zu ziehen, für diese aber ist es ebenso nöthig, aus den Verhandlungen zu erkennen, wie sie ihre künftige Thätigkeit

K

einzurichten hat. Es sind auch diesmal eine ganze Reihe fruchtbringendster Anregungen gegeben worden. Die Aenderung würde nur dem Parteivorstande, vom despotischen Gesichtspunkte aus betrachtet, zugute kommen. Auch die Rücksicht auf die internationalen Kongresse fällt diesmal weg, da der nächste erst 1896 stattfindet.

Der Antrag auf zweijährige Berufung des Parteitages wird gegen eine ganz geringe Minderheit abgelehnt, der Antrag auf Einberufung desselben 6 Wochen vor dem Zusammentritt nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Als Orte für den nächsten Parteitag sind vorgeschlagen: Bochum, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Breslau, Leipzig, Nürnberg, Halberstadt, Stuttgart und München.

Bei der Abstimmung wird Nürnberg gewählt, wofür Dertel-Nürnberg den Dank ausdrückt.

Der Antrag 130 von Schoenlant und Genossen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen:

„Die Landarbeiter, die Kleinbauern und die Sozialdemokratie“,

wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf wird die weitere Berathung vertagt.

Die Wahl des Genossen Orbig in den hessischen Landtag wird verkündet und mit Beifall aufgenommen.

Foest erklärt persönlich gegen Bebel, daß ihm nichts ferner gelegen habe, als gegen Bebel gehässige oder auch nur gehässig klingende Bemerkungen zu machen.

Schluß 7 Uhr 20 Minuten.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 28. Oktober.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 20 Minuten durch den Vorsitzenden Singer eröffnet.

Die Diskussion der

Anträge zu Programm und Organisation

wird fortgesetzt.

Zur Debatte steht zunächst der Antrag 20 von Ostrowo.

Schulze-Bernburg ist ersucht worden, die Gründe der Antragsteller darzulegen. Der Antrag gehe davon aus, daß es undemokratisch sein würde, wenn die Aemter immer in denselben Händen blieben, es könnte sich die Gefahr des Parteibureaufatismus daraus entwickeln; andererseits wollen die Antragsteller der Möglichkeit vorbeugen, daß im Falle gewalttätiger Behinderung der jetzigen

K

Vorstandsmitglieder Niemand in der Partei da sei, der den Verwaltungsmechanismus kennt.

Reinhardt sieht keine Veranlassung, den Antrag anzunehmen. Man habe die Sicherheit, daß die Verwaltungsbeamten bisher voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan haben, und anderseits liege die Wahl der Personen ja völlig in der Hand der Delegirten.

Kesler: Wir brauchen uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen, was vielleicht geschähe, wenn der heutige Parteivorstand irgendwie vernichtet würden. Man wird, was man in der Volksbewegung ist, nicht durch Ernennung oder durch Wahl, sondern durch die geistige Kapazität, durch den Zusammenhang mit der Bewegung. Die Vorstandsmitglieder sind durch ihre langjährige Thätigkeit für die Partei in diese Stellungen gekommen. Zu den Imponderabilien gehört auch die Autorität, welche die Personen besitzen müssen, die an der Spitze der Bewegung stehen. Eine gewisse Richtung wechselt demokratisch mit unpraktisch. (Sehr richtig!) Durch ein Scherbengericht über diejenigen, die durch ihre Kenntnisse und ihren Einfluß persönlich ein Gewicht auf die Gesamtheit ausüben, würden wir nur die Partei schädigen. Vor gewissen Autoritäten beugen wir uns und müssen wir uns beugen. Sehen Sie Andere in den Parteivorstand; die Wibel, Singer, Auer, Liebknecht werden doch die Leitung der Bewegung haben. (Beifall.)

Schoenlank: Der Antrag ist unausführbar, sein Grundgedanke aber, daß die größte Tugend der Demokratie das Mißtrauen ist, sehr gesund. Ueber diesen Grundgedanken sollten wir uns unterhalten, oder eine Kommission niederlegen, die dem nächsten Parteitag Vorschläge zu machen hätte. Wir müssen an Nachwuchs denken zur Führung der Parteigeschäfte in der Zukunft.

Opificius bekämpft den Antrag, weil er die Vorstandsmitglieder, wenn sie nach zwei Jahren wieder heraus müßten, einer ganz ungewissen Fristen überliefern.

Singer: Ich möchte doch der Auffassung entgegentreten, als ob dieser Antrag als ein Mißtrauen gegen den bisherigen Vorstand aufgefaßt werden kann. Ich glaube das nicht, kann auch namens des bisherigen Vorstandes versichern, daß wir ein solches durchaus nicht darin sehen. Die Frage muß prinzipiell, ohne Rücksicht auf die Personen der jetzigen Parteileitung, behandelt werden.

Liebknecht: Ich finde auch kein Mißtrauensvotum in dem Antrage. Vom Standpunkt des demokratischen Prinzips wäre ein regelmäßiger Wechsel ganz vorzüglich. In der Fraktion sind wir aber mit der gleichen Einrichtung absolut nicht vorwärts gekommen und haben schließlich immer denjenigen gewählt, der die Leitung am besten versteht. Der Vorstand soll tüchtig sein, darüber hat die souveräne Vertretung der Partei durch die Wahl zu entscheiden. Reißt bürokratische Routine ein, so werden die Ge-

K

nossen die Schuldigen bei der nächsten Wahl entfernen. In Bezug auf den Nachwuchs ist in der Partei nichts versäumt worden. Gute Dienste für die Partei geleistet zu haben soll nicht der Grund für einen Personenkultus sein, kann aber auch wahrhaftig nicht ein Grund sein, die Personen, welche dieses Verdienst haben, zurückzuweisen.

Stomke ist gleichfalls gegen den Antrag. Es würde doch komisch erscheinen, wollte man die besten Feldmarschälle absetzen, wo sich der Kampf täglich schärfer zuspizt. Bei der Wahl der Kontrolleure sei Gelegenheit, jüngeren Kräften die Möglichkeit zu verschaffen, die Technik der Verwaltung kennen zu lernen.

Auf Vorschlag von Reinhardt wird über den Antrag Ostrowski zur Tagesordnung übergegangen.

Die Anträge 21 und 23 erhalten nicht genügende Unterstützung. Antrag 22 wird von Suskof empfohlen. Den Genossen am Orte fiele das Abonnement des „Vorwärts“ vielfach zu schwer.

Fell: Es sei doch selbstverständlich, daß die Kosten von den Genossen getragen werden. Der Vertrauensmann habe einfach den „Vorwärts“ zu bestellen und in Anrechnung zu bringen.

Auer erklärt, die Kostenfrage komme weit weniger in Betracht als der fortwährende Wechsel der Vertrauensmänner, der die Zustimmung ungemein erschweren würde. In einzelnen begründeten Fällen sei schon in der bisherigen Praxis die Gratiszustellung verfügt worden.

Der Parteitag geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Unter der Rubrik „Allgemeines“ werden sämmtliche noch vorliegenden Anträge, mit Ausnahme der auf die Taktik bezüglichen, zur Verhandlung gestellt. Aus der Verhandlung scheiden mangels genügender Unterstützung die Anträge 24, 26 und 27 aus.

Der Antrag 25 wird von Lieke-Breslau zur Annahme empfohlen. Er solle das für die Landagitation bisher fehlende, aber unentbehrliche Material liefern. Ueber die Zweckmäßigkeit des Antrages könne kein Zweifel sein, und der Kostenpunkt werde wohl auch keine großen Schwierigkeiten machen. Wenn Breslau zu den Städten gehöre, die keine Postanweisung nach Berlin geschickt haben, so rühre das daher, daß Breslau die Kosten für die schlesische Agitation auf eigene Hand betreibe.

Gerlach-Halberstadt befrwortet die Annahme mit Rücksicht auf die Sachsgänger, bei denen in Sachsen eine agitatorische Einwirkung in Folge der Maßnahmen der Arbeitgeber unmöglich sei.

Schoenlank hält die Idee des Antrages für fruchtbringend, seine Ausführung aber namentlich wegen des Mangels an befähigten Personen in den östlichen Bezirken für sehr schwierig. Man solle den Parteigenossen dort empfehlen, in der vorgeschlagenen Weise vorzugehen, aber keinen Zwang aussprechen. Auch fehlen

K

der Partei das arbeitsstatistische Bureau zur Bearbeitung des Materials.

Bebel ist derselben Ansicht. Der gute Kern sei aber anzuerkennen und der Antrag daher dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen. Der Letztere habe sich übrigens auch bisher keineswegs geweigert, für die Sammlung solchen Materials die Mittel herzugeben; es sei aber brauchbares Material bisher auf diese Weise nicht erlangt worden. Auch seien befremdlicher Weise solche Anträge nur selten beim Vorstand angebracht worden.

Rahenstein: In der Enquete des Vereins für Sozialpolitik über die Lage des Kleinbauernstandes, so einseitig sie sei, stecke schon viel brauchbares Material der gedachten Art. Der evangelisch-soziale Kongreß veranstaltete zur Zeit eine ähnliche Enquete, bei der die Geistlichen angewiesen sind, sich möglichst an die Arbeiter selbst zu wenden. Material sei also vorhanden, es brauche nur durchgearbeitet zu werden. Redner empfiehlt, Nr. 1 des Antrages anzunehmen, 2 und 3 abzulehnen.

Der Antrag wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen. Zu Antrag 28 liegt ein Antrag Seymann vor, die Agitationsberichte sollen statt ans Bureau des Parteitagcs an die Redaktion des wöchentlichen Zentralorgans gesandt werden.

Antragsteller Diehl empfiehlt im Interesse der Wichtigkeit des historischen Moments den Antrag. Die jährliche Nachweisung der gemachten Fortschritte im Protokoll würde auch den Ehrgeiz der Genossen anspornen. Da es sich aber frage, ob der Vorstand für die Bearbeitung des großen Materials genügende Zeit und genügende Kräfte habe, so sei der Antrag event. zur Erwägung zu überweisen.

Der Antrag wird mit dem Amendement dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Berathung der noch nicht erledigten allgemeinen Resolutionen.

Ueber die Resolution 100 von Brüssel geht der Parteitag zur Tagesordnung über. Mangels genügender Unterstützung scheiden aus der Verhandlung aus die Resolutionen 102, 103, 104 und 106.

Der Antrag 123 I von Rahenstein, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, zur Reichsverfassung und zum Gerichtsverfassungsgesetz die entsprechenden Anträge zu stellen, um den freien Gebrauch der Muttersprache zu garantiren, ist von den Delegirten Nikulski, Vertreter der polnischen Sozialdemokraten, und Doppler-Mühlhausen im Elsaß auf ihren Namen übernommen worden.

Nikulski: Als Vertreter der polnischen Sozialisten überbringe ich die herzlichsten Grüße der Bruderpartei und den wärmsten Dank für die Unterstützung der polnischen Agitation. Die Gründung der besondern polnischen Partei erfolgte aus politischen und taktischen Gründen. Nirgends ist die Knechtung der Arbeiter so groß, als in

K

den polnischen Landestheilen. Die Behandlung durch den polnischen Adel spottet jeder Beschreibung und die Hungerlöhne sind so niedrig, daß der ländliche Arbeiter, ohne zu stehlen, gar nicht leben kann. Die Agitation, die langsam aber ständig vor sich geht, wird dadurch besonders erschwert, daß jeder energische Agitator sofort brotlos gemacht wird und das Vorurtheil allgemein ist, Sozialdemokratie bedeute, den Leuten Religion und Nationalität nehmen. Um ein kleines Agitationsmittel zu gewinnen, empfehlen wir die Annahme des Antrages Rahenstein.

Es wird beantragt, in dem Antrag 123 statt „die Reichstagsfraktion wird beauftragt“ zu setzen „die Reichstagsfraktion wolle erwägen“.

Bebel: Gegen den Inhalt des Antrages ist gar nichts zu sagen; die Begründung, daß er nur gestellt sei, um agitatorisch zu wirken, halte ich aber nicht für glücklich. Wir sind mit der Forderung prinzipiell einverstanden, aber ebenso die bürgerlichen Parteien, die seit zwanzig Jahren gleiche Anträge stellen. Direkte Anträge beim Reichstag zu stellen, dazu können wir die Fraktion nicht so ohne Weiteres beauftragen. Daß aber die Fraktion eine dahin zielende Agitation entfalten soll, ist ganz unannehmbar, denn französisch sprechen in der Fraktion nur Liebknecht und Bueb, polnisch gar keiner. Man kann den Antrag höchstens der Fraktion zur Erwägung überweisen.

Rahenstein: Der Antrag soll nicht bloß eine agitatorische Bedeutung haben, sondern geht auch von praktischen Gesichtspunkten aus. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Gleichberechtigung der Nationalitäten anerkannt und muß das endlich zum Ausdruck bringen. Nur um das Programm nicht zu sehr zu belasten, begnügen wir uns mit der Form der Resolution. Es ist eine Brutalität sondergleichen, den Polen die deutsche Sprache aufzuzwingen, und die erschreckende Zahl der Analphabeten in Posen ist eine Folge dieser Vergewaltigung.

Der Antrag wird der Fraktion zur Erwägung überwiesen.

Antrag 123 II von Rahenstein:

„Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Frage einer die Erwerbslosigkeit jeder Art betreffenden Reichsversicherung zu prüfen und dem nächsten Parteitage darüber zu berichten und Vorschläge zu machen“.

wird vom Antragsteller mit der dringenden Nothwendigkeit begründet die verschiedenartige Organisation der Versicherung einheitlich zu gestalten. Diese Gesamtversicherung wäre nach Art der Krankenkassen unter maßgebender Mitwirkung der Arbeiter in der Verwaltung, zu organisiren. Die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist nicht so unerhört schwierig zu lösen, wie die des „Rechts auf Arbeit“. Das Armenwesen in seiner jetzigen Gestalt

K

ist eine erbärmliche Lösung; das Armenwesen muß von Reichs wegen geregelt werden, und dabei müssen die Arbeiter mitzusprechen haben. Bebel hat ja neulich von dem Kanossagang nach Frankfurt gesprochen. In Uebereinstimmung mit Schmidt-Frankfurt weise ich diesen Ausdruck auf das schärfste zurück. Wenn man von „sozialdemokratischer Wadelstrümpfelei“ spricht, wirft man uns indirekt Verrath vor. Wir haben dort praktisch mitarbeiten wollen, und das können und das müssen wir. Im Arbeiterschutzgesetzentwurf stehen ja auch die Arbeitsämter; ihnen nahe kommen die gewerblichen Schiedsgerichte. Begien hat in Frankfurt ausdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften nicht auf den Arbeitsnachweis verzichten können, es würde also nach dem Stuttgarter Muster weiter vorzugehen sein. Daß eine wirkliche Lösung nur durch Umgestaltung der heutigen Gesellschaft möglich sei, hat Begien in Frankfurt ebenfalls gesagt. (Unterbrechungen und Schlußrufe.) Es liegt doch hier die prinzipielle Frage vor, ob wir, wenn von anderer Seite etwas Brauchbares gefordert wird, berechtigt sind, das anzunehmen. Ich meine, wir sind dazu verpflichtet.

Bebel: Ich werde mich aus prinzipiellen wie praktischen Gründen nicht für den Antrag erklären, habe aber nichts gegen die Ueberweisung. Im ersten Theil seiner Ausführungen hat Kagenstein ausgezeichnet gegen seinen Antrag gesprochen. Von der „Wadelstrümpfelei“ nehme ich nichts zurück. Ich habe Namen nicht genannt, habe Begien für sein Auftreten keinen Vorwurf gemacht. Wenn aber Klopß in einer Rede an die allgemeine Menschenfreundlichkeit appellirt, so steht das in direktem Gegensatz zu unserer ganzen Auffassung vom Klassenkampf! (Allgemeine Zustimmung.) Wenn Kagenstein länger in der Partei wäre, würde er wissen, daß die übergroße Mehrheit der Partei nimmer zugeben wird, daß wir uns in fortgesetzte Verhandlungen mit den Feinden einlassen, weil vielleicht dabei ein kleiner Vortheil herauspringen könnte. Wenn das geschieht, können wir unsere ganze prinzipielle Thätigkeit bei Seite stellen. (Sehr richtig!) Sollte die Klage, die auf dem Parteitag ausgesprochen ist, großen Beifall hier gefunden hat und noch größeren im Lande finden wird, nicht genügen, die Genossen von solchen Kanossagängen fern zu halten, dann wird der nächste Parteitag dazu bestimmte Stellung zu nehmen haben. (Beifall.)

Türk: Die Gewerkschaften haben viel von ihrer Anziehungskraft eingebüßt; sie würden sie durch die Begründung einer solchen Versicherung wieder gewinnen, bis dann der Staat die Versicherung obligatorisch machen müßte. Auch die Krankenkassen wären nicht obligatorisch geworden, wenn nicht vorher die freien Hilfskassen gewesen wären.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird gestellt und angenommen.

K

Ein Antrag Kerrl, Schmalzfeld und Genossen wünscht, daß die Tabaksteuerfrage auf die Tagesordnung der nächsten Versammlungen gesetzt werde.

Der Parteitag hat dagegen nichts zu erinnern.

Schoenlant beantragt, die Korrekturabzüge des Protokolls den einzelnen Rednern zur Korrektur zuzusenden, wogegen Stolten sich auspricht, während Auer den Vermittlungsvorschlag macht, denjenigen Rednern die Korrekturabzüge zuzustellen, welche sich dieserhalb an den Parteivorstand wenden. Der Antrag, mit dem Schoenlant sich einverstanden erklärt, wird aber abgelehnt.

Damit sind sämmtliche Anträge mit Ausnahme der Anträge 69 und 70 erledigt.

Hierauf wird der

Bericht der Siebener-Kommission

erstattet.

Berichterstatter Gerisch: In der Solinger Angelegenheit habe ich Ihnen namens der Siebener-Kommission folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Parteitag wolle beschließen: „Die Mandate der Delegirten Kunkel, Schaaf, Leven, Fehmer, Schallbruch und Weis für ungiltig zu erklären. Die am 1. Oktober in einer Versammlung in Weege erfolgte Ausschließung der Genossen Leven, Korbmacher, Kunkel, Herder, Laippen, Strunk, Schaaf, Heimann und Wilde ist aufzuheben. Die Streitigkeiten im Solinger Kreise, wie sie nach dem Berliner Parteitag neuerdings stattgefunden und bei der Reichstagswahl schließlich zur Aufstellung von zwei sozialdemokratischen Kandidaten geführt haben, sind als der Partei unwürdig auf das allerentschiedenste zu verurtheilen. Soweit diese Vorgänge durch den Mangel einer geeigneten Organisation gezeitigt wurden, werden die Genossen des Solinger Kreises aufgefordert, den Rathschlägen der Kommission gemäß mit der Schaffung einer solchen zu beginnen.“

Folgende Gründe haben die Kommission geleitet. Auf dem Berliner Parteitage, wo wir uns auch überaus gründlich mit den Solinger Streitigkeiten beschäftigt haben, sind den beiden streitenden Parteien goldene Brücken gebaut worden und es hätte nur geringen guten Willens bedurft, um zur Einigkeit zu gelangen. Aber selbst dieses geringe Maß war auf keiner Seite vorhanden, und es war daher der Kommission auch nicht möglich, herauszufinden, wer zuerst angefangen hat. Beide Theile sind ganz gleichmäßig schuldig, und wenn wir hier nicht ein Exempel statuiren, so kann es passiren, daß bei der nächsten Reichstagswahl in Solingen 4 sozialdemokratische Kandidaten und auf dem nächsten Parteitage 12 Delegirte auftreten.

Die Auserkennung des Beschlusses auf Ausschließung muß die Kommission schon aus rein formellen Gründen beantragen; die

K

Ausschließung war garnicht auf die Tagesordnung gesetzt, die betreffenden Genossen garnicht anwesend und nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Wir sind daher in die materielle Prüfung garnicht eingetreten. Ganz nebenher hat sich ergeben, daß der Streit in der allergehässigten Weise zwischen beiden Lagern geführt worden ist; man hat die allerelementarsten Pflichten außer Acht gelassen und die Parteipflichten verletzt und vernachlässigt. In einem von der Gruppe Schaaf herausgegebenen Flugblatte wird Schumacher der Vorwurf der Käuflichkeit gemacht; in einem Artikel der „Bergischen Arbeiterstimme“ wurde Schumacher der Unterschlagung bezichtigt. Beide Vorwürfe sind durchaus unbegründet. Eine Hauptfrage, welche uns beschäftigte, war die: Was soll weiterhin mit dem Kreise Solingen geschehen? Wir können einen unserer ältesten Söhne nicht einfach seinem Schicksal überlassen; und gerade der Umstand, daß es trotz der skandalösen Streitigkeiten dennoch möglich war, den Kreis zu behaupten, liefert den Beweis, daß dort ein Stamm von tüchtigen Genossen und ein guter Geist vorhanden ist. Es fehlt aber an einer einheitlichen, über den ganzen Kreis erstreckenden Organisation. Seit Jahren ist in dieser Beziehung gesündigt worden und auch Genosse Schumacher hat an diesen Zuständen ein voll gerittelt Theil Schuld auf seinem Kerbholz. (Sehr wahr!) So standen die Genossen dort stets auf dem Kriegsfuß mit einander. Wer zuerst auf dem Plane war und den Gegner übertrumpfte, war als Sieger brutal; wer zu spät kam, war verächtlich und machte Konzessionen. Wir haben nun den Solinger Genossen entsprechende Vorschläge gemacht, wie diesen Dingen in Zukunft abgeholfen werden soll. Es soll ein Kreis-Vertrauensmann eingesetzt werden, der alle den ganzen Kreis betreffende Angelegenheiten zu regeln hat. Zur Wahl eines solchen Vertrauensmannes soll eine Kreis-Konferenz einberufen werden, und um zu verhindern, daß bei dieser Formalität schon wieder der Hader entbrennt, hat die Kommission alle Einzelheiten, wie den Wahlmodus, die Tagesordnung u. s. w. festgesetzt. Aus sich heraus sind die dortigen Genossen nicht mehr im Stande, das auszuführen. Den Vorsitz in der Kreis-Konferenz soll, wenn irgend möglich, ein Mitglied des Parteivorstandes führen. Weiterhin hat die Kommission den Genossen deutlich zu verstehen gegeben, daß, wenn auch dieser letzte Versuch, eine Einigung herbeizuführen, fehlschlägt, und der Streit von Neuem beginnt, sich die Partei würde entschließen müssen, die Ruhestörer aus ihren Reihen zu entfernen. Denn schließlich können wir uns nicht auf allen Parteitagen mit diesem Streit befassen und der Welt einiger Personen willen immer wieder dasselbe skandalöse Schauspiel geben. Wir empfehlen dem Parteitage, sich dem Vorschlage der Kommission anzuschließen. (Bravo!)

K

Stolten ergänzt als Kommissionsmitglied den Bericht des Referenten dahin, daß die Mandate nicht bloß, um ein Exempel zu statuieren, sondern auch, weil beide Delegiertenwahlen inkorrekt vollzogen sind, für ungültig erklärt werden sollen.

Heuzogen beantragt, ohne Diskussion über den Kommissionsantrag zur Abstimmung zu schreiben. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Kommissionsantrag gelangt darauf in allen Theilen mit großer Mehrheit zur Annahme.

Vorsitzender Singer knüpft an dieses Ergebnis den dringenden Wunsch, daß damit die Angelegenheit endlich erledigt sein möge und der Solinger Wahlkreis in Zukunft ordnungsmäßig durch seine in Einigkeit gewählten Delegirten vertreten sein möge.

Das beanstandete Mandat von Wibe-Neuß wird nach der Aufhebung des Ausschließungsbeschlusses für gültig erklärt.

Geck berichtet über die Beschwerde von Wilhelm Kade in Reiffe. Die Kommission hat beschlossen zu erklären, daß sowohl der Parteivorstand als die Beschwerde-Kommission zu Recht gehandelt haben und daß die Beschwerde Kades formell abzuweisen ist. Kade hatte zwei Gewerkschaftsversammlungen ausgeschrieben und als Einberufer figurirt. Die erste Versammlung wurde verhindert, weil kein Lokal zu bekommen war. Kade war seit 14 Jahren als Arbeiter in einer Staatswerkstätte in Reiffe thätig; ihm wurde angekündigt, daß es nicht angehe, daß er öffentlich als Sozialdemokrat thätig sei. Von der Parteileitung in Berlin ist ihm nun brieflich ans Herz gelegt worden, er möchte für die zweite Versammlung sich nicht mehr als Einberufer und Leiter hergeben, weil er dann voraussichtlich gemahregelt werden würde; er solle suchen, einen lebigen, unabhängigen Genossen dafür zu gewinnen. Er that es dennoch und nach 14 Tagen erfolgte die Maßregelung. Vater von 5 lebenden Kindern wandte er sich um Unterstützung an den Parteivorstand, weil er auf Grund der Maßregelung Unterstützung erhalten zu müssen glaubte. Der Vorstand hat prinzipiell entschieden, daß das in diesem Falle nicht anginge; Kade verlangte einerseits eine ganz bestimmte Summe, und wollte andererseits eine ganz bestimmte Arbeitstätigkeit angewiesen erhalten, zu der er nicht qualifizirt war. Kade wandte sich nun nach einer langen Reihe von Briefen an die Beschwerde-Kommission, die ihn ebenfalls abschlägig beschied und an die letzte Instanz, den Parteitag, wies. Unsere Kommission hat in demselben Sinne entschieden und empfiehlt Ihnen, dem beizutreten. Durch diesen Beschluß soll die Sache absolut nicht abgethan sein. Der Gerichtshof des heutigen Parteitages glaubt es dem Parteivorstand anheimstellen zu sollen, daß, wenn thatsächlich eine Unterstützung absolut nöthig wird, der Vorstand sein Herz nicht verstocken, sondern ihm in seiner

K

äblen Lage Unterstützung angebeihen lassen soll. Kade hat auch thatsächlich schon Unterstützung bekommen, man hat ihn nicht mittellos gelassen.

Auer giebt für den Vorstand die Erklärung ab, daß der Letzte Wunsch der Kommission thatsächlich schon bisher in allen derartigen Fällen im Vorstand eine Stütze gefunden hat. Der Vorstand hat sich stets von gutem, nicht von verstocktem Herzen leiten lassen. Auch Kade hat vom Parteivorstand eine Unterstützung erhalten, als er in seiner Nothlage sich an uns wandte. Aber gewisse Grenzen müssen innegehalten werden. Wenn Fälle vorliegen, wo nach der Ueberzeugung des Vorstandes die Betreffenden es förmlich darauf abgesehen haben, gegen unsern Rath, gegen unsere Vorschläge sich zu Märrtyern machen zu lassen, um damit Anspruch an die Unterstützungskasse zu gewinnen, dann dürfe das gute Herz nicht mehr entscheiden. Kade set immer und immer wieder ermahnt worden, sich zurückzuhalten, sich nicht ins Unglück zu stürzen, die Partei könne ihm die Existenz nicht garantiren, wenn er sich unvorsichtig selbst ruinire. Ueber alle Warnungen habe sich Kade hinweggesetzt und sich mit voller Absicht selbst in seine gegenwärtige Situation gebracht. Solches Treiben dürfe nicht unterstützt werden.

Der Vorschlag der Kommission, die Beschwerde als ungerechtfertigt zurückzuweisen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden tritt eine halbstündige Pause ein.

Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Vorschlagsliste zur Wahl der Parteileitung gelangt zur Vertheilung. Vor Eintritt in die Wahl wird zunächst nach § 10 der Organisation darüber entschieden, an welchem Orte die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat. Ohne Widerspruch wird Berlin gewählt.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, daß Gehalt der Schriftführer auf 300 Mark pro Monat festzusetzen.

Mollenbuhr: Berlin ist zumal bei den hohen Miethspreisen einer der theuersten Orte in Deutschland. Wir müssen aber unsere beiden vollaus beschäftigten Parteisekretäre so besolden, daß sie nicht darauf angewiesen sind, sich noch durch Nebenbeschäftigungen, durch Schreiben für die Parteipresse etwas hinzuzuverdienen, zumal seit Halle die Arbeit auf dem Parteisekretariat sehr erheblich zugenommen hat. 250 Mark genügen nicht mehr. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Nach wiederholter Abstimmung bleibt das Resultat unentschieden. Unter diesen Umständen zieht Mollenbuhr den Antrag zurück.

Der Parteitag wendet sich nunmehr zu Punkt 9:

Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen.

Hierzu stehen zur Berathung die Anträge 69 und 70. Ferner legt der Berichterstatter Bebel dem Parteitage folgende beiden Resolutionen vor:

1.

In Erwägung, daß das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's das elendste aller Wahlssysteme ist, der Sozialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preussischen Landtag selbständig zu betheiligen;

in fernerer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundsätzen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen,

erklärt der Parteitag:

es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Betheiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Der Parteitag beschließt ferner:

in Erwägung, daß die Wahlssysteme in den Einzelstaaten eine wahre Musterkarte reaktionärer Wahlgeseze bilden, daß insbesondere der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden,

fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen.

2.

Der Parteitag spricht den Parteigenossen in Belgien und Oesterreich seine vollste Anerkennung aus für die Tapferkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer, mit der sie unter den schwierigsten Verhältnissen, wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hatten, den Kampf für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgenommen haben, und beglückwünscht sie zu den großartigen Erfolgen, die sie gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiterklasse errungen haben.

Referent Bebel: Die vorliegende Frage ist seit einiger Zeit Gegenstand der Erörterung in der Parteipresse gewesen. Dabei ist auch die Frage aufgetaucht, ob die Genossen überhaupt bei einer Landtagswahl sich betheiligen sollen. Ich bin über die Stellung dieser letzten Frage einigermaßen überrascht gewesen. Die Frage

K

K